

Berliner Uni entlässt Andrej Holm

Nach Rücktritt als Staatssekretär: Wissenschaftler will gegen Kündigung klagen

Der Mietrechtsaktivist und Wissenschaftler Andrej Holm hat nach seinem Rücktritt als Staatssekretär auch seine Arbeitsstelle an der Humboldt-Universität (HU) vorerst verloren. Dem Berliner Stadtsoziologen werde »ordentlich gekündigt«, sagte Unipräsidentin Sabine Kunst am Mittwoch unter lautstarkem Protest von Studierenden. Die Kündigung beruhe nicht auf Holms Tätigkeit für das DDR-Ministerium für Staatssicherheit (MfS), betonte Kunst. »Es ist völlig klar, dass in den wenigen Monaten beim MfS nichts Dramatisches passiert ist.« Der 46jährige habe die HU aber hinsichtlich seiner Biographie getäuscht. Holm hatte 2005 im Personalfragebogen verneint, hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS gewesen zu sein und lediglich auf seinen Wehrdienst verwiesen. Er habe zu verschleiern versucht, dass er Offiziersschüler gewesen sei, sagte Kunst. Nach ihrer Aussage habe die Universität Einzelfälle geprüft – in den Fragebögen war aber keine Erläuterung der Umstände vorgesehen. Holm kündigte am Mittwoch auf seiner Internetseite an, beim Arbeitsgericht gegen die Entscheidung der HU zu klagen. Die Initiative »Studis für Andrej Holm« kritisierte am Mittwoch deren Präsidium: Es habe »bewusst eine Entscheidung gegen den Willen der Studierenden gefällt«. Ein Kreuz an der falschen Stelle wirke als Grund vorgeschoben und heuchlerisch.

Obwohl Holm von seinem politischen Amt am Montag zurückgetreten war, hatte der »rot-rot-grüne« Berliner Senat am Dienstag vormittag einstimmig seine Entlassung beschlossen – auf Vorlage von Bausenatorin Katrin Lompscher (Die Linke), die den Parteilosen selbst als Staatssekretär in der neuen Landesregierung vorgeschlagen hatte. Sie folgte dann aber der Aufforderung von Berlins Regierendem Bürgermeister Michael Müller (SPD). Kultursenator Klaus Lederer (Die Linke) hatte am Tag des Rücktritts von Holm die frühere MfS-Zentrale in Berlin-Lichtenberg besucht. Nach Angaben der Robert-Havemann-Gesellschaft sicherte er dort Gelder für einen »Museums- und Bildungsort« zum Thema »Unrecht und Willkür« sowie »Widerstand und Opposition in der DDR und Osteuropa« zu. (dpa/jW)